

Fakten gegen falsche Ängste!

Lügen und Panikmache schaden – Lösungen müssen her

Die Integration der Geflüchteten bewegt Sachsen. Vieles lässt sich erst im Lauf der Zeit klären – aber auf humanistischer Basis! Fremdenfeinde missbrauchen Unsicherheit, wollen Panik statt Lösungen.

Wir sollten Fakten akzeptieren und Ängste abbauen. Sonst kommen wir mit der größten Herausforderung seit 1989 nicht zurecht.

Die wollen doch gar nicht arbeiten!

Geflüchtete kommen nur schwer am Arbeitsmarkt an. Für die drei Monate nach der Asylantragsstellung gilt ein Arbeitsverbot. Danach wird bei jeder Stelle europaweit geprüft, ob andere Bewerber zum Zuge kommen könnten. Das erschwert die Integration, die am besten durch Arbeit gelingt. Auch die Wirtschaft profitiert, wenn die oft jungen Geflüchteten schnell in Jobs kommen. Denn die Erwerbsbevölkerung schrumpft, in vielen Bran-

chen fehlt Nachwuchs. Also: Aufenthaltsstatus schnell klären, Qualifizierung, Alphabetisierung und Spracherwerb durch mehr staatliche Kurse fördern! Denn nur wenn das Angebot stimmt, darf man erwarten, dass die Geflüchteten mitwirken. Qualifikationen müssen schnell geprüft und die Vermittlung verbessert werden, in Zusammenarbeit von Kommunen, Arbeitsagentur, Handwerkskammern, Wirtschafts- und Branchenverbänden. Geflüchtete sollen zum Gemeinwesen beitragen, was sie – anders als hiesige Steuerhinterzieher – gern tun würden. Solange sie nicht arbeiten dürfen, können sie aber weder Steuern noch Sozialabgaben zahlen.

Die bringen mehr (Sexual-) Straftaten!

»Zivilisiert zu sein bedeutet, nacheinander neun Schwarzhaarigen zu begegnen, die sich alle als Arschlöcher erweisen, und trotzdem dem zehnten Schwarz-

haarigen nicht deshalb in die Fresse zu hauen« (Sascha Lobo). Man setze für »Schwarzhaarige« ein: Deutsche, Syrer, Amerikaner, Russen ... Kriminelles Verhalten kann man bei Geflüchteten ebenso wenig verallgemeinern wie bei allen anderen. Es wird ja auch niemand ernsthaft behaupten, dass alle Deutschen Brandstifter seien, weil es 2015 mehr als 900 Angriffe auf Asylunterkünfte gab. Geflüchtete sind nicht per se kriminell, auch nicht per se krimineller als Einheimische – auf beiden Seiten lebt die übergroße Mehrheit im Einklang mit dem Gesetz. Wer gegen Gesetze verstößt, muss rechtsstaatlich verfolgt werden, egal, woher er oder sie stammt. Damit das funktioniert, müssen Polizei und Justiz ordentlich ausgestattet werden – der Personalabbau, den die CDU betreibt, muss enden!

Unsere Kultur ist bedroht!

Was »unsere Kultur« ist, sieht jeder anders. Keine Kultur ist einheitlich oder

abgeschlossen – Veränderung, auch durch Migration, ist der Regelfall. Zuwanderung beeinflusst unser Leben in kultureller, religiöser und anderer Hinsicht; das macht einige neue Vereinbarungen zum Zusammenleben nötig. Wir halten aber nichts von »Islamisierungspanik«, zumal Massen von Anti-Fundamentalisten zu uns fliehen. Die haben es satt, dass Regime, die sich auf Gott berufen, ihre Freiheit einschränken. Ebenso wenig halten wir von einer Leitkultur – was zählt, ist das Grundgesetz. Es ist die Geschäftsgrundlage unserer Gesellschaft. Das heißt unter anderem: Keine Chance für Fundamentalismus, das Gewaltmonopol liegt beim Staat, die Geschlechter und (sexuellen) Lebensentwürfe müssen gleichberechtigt, Minderheiten geschützt, Staat und Religion getrennt werden. Diese Errungenschaften, bei deren Umsetzung längst kein Idealzustand erreicht ist, lassen wir uns von niemandem nehmen.

Was ist mit den deutschen Armen?

Die Herrschenden würden Armut und Abstiegsbedrohung auch nicht bekämpfen, wenn

es keine Flüchtlinge und »nur« einheimische Arme und Abstiegsbedrohte gäbe. Oder gab es vor der Fluchtbewegung etwa höhere Löhne, Renten, Sozialleistungen, oder genug Geld für Schulen, Kitas, bezahlbare Wohnungen, Straßen, Kultur, Polizei? Nein, wir stecken längst in einer Krise der sozialen Gerechtigkeit. Schuld sind die Regierenden! Wir dürfen Geflüchtete, die wie viele Einheimische unter Missständen leiden, nicht zu Sündenböcken machen. Wir sollten gemeinsam mit ihnen für soziale Zustände streiten.

Die bekommen mehr als Hartz IV!

Das stimmt nicht. In der Erstaufnahme erhalten Geflüchtete eine Unterkunft, Verpflegung, eine Grundausstattung an Kleidung und Hygieneartikeln sowie monatlich 143 Euro Taschengeld, immer öfter als Sachleistungen. Danach und bis zum 15. Monat erhalten sie die Unterkunftskosten und bis zu 359 Euro im Monat. Erst ab dem 16. Monat gibt es auch für sie den Hartz IV-Satz, aber anders als bei Einheimischen kein Geld für Sonderbedarfe, etwa die Wohnungs-Erstausstattung. Der Hartz IV-Satz liegt ab 2016 bei

404 Euro im Monat plus Kosten für die Unterkunft. Bei Einheimischen wie Geflüchteten reicht das nicht für das soziokulturelle Existenzminimum.

Und nun?

Die Fluchtbewegung ändert nichts an unserem Einsatz für soziale Sicherheit für alle. Wir wollen mit der Schneeberger Alleinerziehenden, dem Riesaer Facharbeiter und dem syrischen Pizzabäcker für ein soziales Sachsen streiten. Wir stehen für den Interessenausgleich – und die wirkliche Integration von Geflüchteten (z. B. *Landtags-Drucksache 6/2500*). Wir wollen eine offene und geordnete Einwanderungsgesellschaft. Machen wir unsere eigenen Erfahrungen mit Geflüchteten, reden wir mit ihnen. Widerstehen wir der Panikmache, diskutieren wir lösungsorientiert!

*Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-v.-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800,
Telefax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann,
Stand: Januar 2016
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de*

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag